

Ein paar Gedanken oder Hinweise auf die Entstehung der grünen Partei und ihren Auftrag

Aus Anlass des Todes von Helmut Lippelt und von Berichten über einen
depressiven Zustand von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

von Tristan Abromeit

7. / 8. / 9. Januar 2018

www.tristan-abromeit.de

Text 153.0

Anhänge:

153.1

Texte von Georg Otto

- a) Warum noch bei den Grünen?
- b) Betrachtung über das Buch „Reichtum ohne Gier – Wie wir uns vor dem Kapitalismus retten“ von Sahra Wagenknecht

Ein paar Gedanken oder Hinweise auf die Entstehung der grünen Partei und ihren Auftrag

Aus Anlass des Todes von Helmut Lippelt, gestorben am 3. 1. 2018

von Tristan Abromeit, 7. Januar 2018

www.tristan-abromeit.de

abromeit@t-online.de

Vorab ein paar Links zu Helmut Lippelt:

https://de.wikipedia.org/wiki/Helmut_Lippelt

<https://www.gruene-bundestag.de/presse/pressemitteilungen/2018/januar/wir-trauern-um-helmut-lippelt.html>

<http://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/Uebersicht/Hannover-Trauer-um-verstorbenen-Gruenen-Politiker-Helmut-Lippelt>

Vorbemerkung:

a) Die nachfolgenden Zeilen sind keine Klage oder Anklage, sondern der Versuch einer Situationsbeschreibung. Als die Grünen gegründet wurden, war den meisten Gründern klar, dass eine neue Politik nicht mit dem alten Links-Rechts-Schema erreicht werden kann, darum hieß es damals „Wir sind nicht links, wir sind nicht rechts, sondern wir sind vorne!“ oder so ähnlich. Wer heute noch linke Politik als gute Politik an den Wähler vermitteln will, der übersieht, dass unter „linker Politik“ nicht weniger Murks und Mord geliefert wurde, wie unter „rechter Politik“. Und wer beide Positionen vermeiden will, hat keine Chance, sein politisches Versagen und seine Schuld dadurch zu vermeiden, dass er sich in die politische Mitte rettet, denn das meiste an politischen Fehlentwicklungen, die zu beklagen sind, sind das Ergebnis des Handelns der „politischen Mitte“.

b) Nach meiner Einsicht liegen den politischen Fehlentwicklungen weniger Charaktermängel der politisch Handelnden zugrunde, als vielmehr Mängel in den Vorstellungen vom guten politischen Handeln, also in den Mängeln der Leitideen. Da der Mensch sich seine Leitideen nicht erwerben kann wie ein Kleidungsstück nach einer Konfektionsgröße, die zu ihm passt, und keiner Leitidee ein absolutes Monopol zugebilligt werden kann, kann nur der Wettbewerb der Schiedsrichter über die „richtige Leitidee“ sein. Eine humane Politik beginnt damit, dass sein Inhalt durch einen fairen Wettbewerb unter den Ideenträgern bestimmt wird. Dieser Wettbewerb darf jede Schwäche und jeden Fehler in der jeweils herrschenden oder konkurrierenden Leitidee aufdecken, sollte aber nie zu der Verteidigung einer Ideologie ver-

kommen. Hier liegen die großen Schwächen von Trägern einer „linken“ Politik. Sie nehmen gerne Rosa Luxemburgs Spruch von der Freiheit, die die Freiheit des Andersdenkenden ist, für sich in Anspruch. Sie sind aber verschnupft, wenn Träger konkurrierender Ideen sich darauf berufen.

Der Anlass für diese Zeilen

Als meine Frau am letzten Samstagmorgen den Bericht über Helmut Lippelts Tod in der HAZ entdeckt hat, habe ich den Bericht auch gleich gelesen und an den OV der Bündnisgrünen in Neustadt a. Rbge. weiter gereicht. Ich habe dazu geschrieben:

Meine Erinnerungen an Helmut Lippelt sind zwiespältig, einerseits war er Mitkämpfer beim Aufbau der GLU und der Partei DIE GRÜNEN ¹, andererseits hatte ich immer das Gefühl, dass er sein eigenes nicht offenes Spiel betrieb.

Das ist ja keine lobende Aussage, aber eine ehrliche und sie beschränkt sich auf meine Zeit in der GLU und auf die Zeit, als ich an den LDKs und BDKs der GRÜNEN noch teilnahm, also als ich Helmut Lippelt persönlich erlebt habe.

Rückblick auf die Geburtswehen der GRÜNEN

Aber mir geht es hier nicht so sehr um Helmut Lippelt als vielmehr um die Geburtswehen der Partei DIE GRÜNEN. Nur in der Zeit der GLU Niedersachsen, der SPV Die Grünen und vielleicht noch bei der Gründung der Partei DIE GRÜNEN war so etwas wie die Hoffnung von einem politischen Aufbruch in ein neues Zeitalter bei den Gründern zu spüren. Aber schon auf dem Programmkongress im März 1980 begann das Ausgrenzen von Gründern, die den marxistisch geschulten hinzugekommenen Mitgliedern nicht passten, weil sie andere Vorstellungen von einer grünen Politik hatten. Die grüne Partei führt meines Wissens keine Statistik der enttäuschten und abgehängten Mitglieder. Aber die Zahl dürfte nicht gering sein. Ich erwähne das nicht, um die heutigen aktiven Parteimitglieder zu entmutigen, nur wenn die heutigen Mitglieder von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN sich noch als eine notwendige Alternative zu anderen Parteien verstehen und sich durch diesen Anspruch von den anderen Parteien abheben wollen, sollten sie sich ruhig fragen, ob das denn noch angebracht ist. Und die Grünen sollten auch etwas ehrlicher mit ihrer eigenen Geschichte umgehen. Der Spruch „Der Sieger bestimmt den Inhalt der Geschichte!“ muss ja nicht unbedingt auf Parteien angewendet werden.

¹ Die Zwischenstufe "Sonstige politische Vereinigung - SPV" schrieb sich > Die Grünen <.

In dem Wikipedia-Eintrag zu Lippelt steht: "Von 1964 bis 1977 war Lippelt Mitglied der [SPD](#). 1978 war er an der Gründung der [GLU](#) in Niedersachsen beteiligt, **die sich nach deren Gründung Anfang 1980 der Partei [Die Grünen](#) anschloss.**"² Das ist so nicht richtig. Die GLU Niedersachsen war die treibende Kraft für die Gründung der Partei DIE GRÜNEN und hat sich aufgelöst, als sie dem Bundesverband der Grünen als Landesverband beitreten konnte. Siehe dazu auch "Von der Grünen Liste zur Grünen Partei?" von Anna Hallensleben, 1984 (Dissertation). Ich hätte das gar nicht erwähnt, wenn nicht im Wikipedia-Eintrag zur Partei auch der Eindruck erweckt würde, die Gründung der Partei DIE GRÜNEN sei ein linkes Projekt.

In dem Abschnitt „**Neue Soziale Bewegungen und bürgerliche Umweltschützer**“ unter https://de.wikipedia.org/wiki/Geschichte_von_B%C3%BCndnis_90/Die_Gr%C3%BCnen hätte der zweite Absatz der erste sein müssen. Dort ist zu lesen:

Überwiegend verkörperte die neue politische Bewegung aber eine [libertäre](#) postmaterialistisch-ökologische Linke, die sich von der traditionellen, auf verteilungspolitische Fragen ausgerichteten und stärker ideologisch ausgerichteten Linken abgrenzen ließ.

Wenn der Verfasser statt *Linke* das Wort *Progressive* gewählt hätte, wäre es richtiger. Natürlich gab es in der Gründungszeit der Grünen viele linke Gruppen und solche, die sich betont marxistisch oder kommunistisch verstanden, diese hätten aber zur damaligen Zeit keine Chance gehabt, eine politisch wirksame Partei zu gründen. Die Gründung der GRÜNEN war für sie das Vehikel, auf das sie lange gewartet hatten. Und diese Chance haben sie rücksichtslos gegen Andersdenkende genutzt. Wenn vorher bei den Grünen die Vielfalt der Ansätze in der Analyse und Problembehebung als das Besondere dieser Partei geschätzt wurde, so galt fortan linke Einfalt als die zu vertretene Norm - wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung.

Alles, was der neuen Linie nicht entsprach, wurde herausgegruhlt.³ Den Sozialliberalen unterstellte man ultrarechte Tendenzen. Als ich das älteste Gründungsmitglied der Partei, Hermann Müller, ein Lehrer, der am Deister wohnte, der den ersten Aufruf zur Gründung der Partei unterschrieben hatte - weil Georg Otto, der eigentliche Initiator zu dem Zeitpunkt noch SPD-Mitglied war - gegen solche Vorwürfe verteidigte, hängte man mir ein Parteiaus-

2 Hervorhebung durch TA

3 Abgeleitet von dem ehemaligen CDU-Abgeordneten Herbert Gruhl.
https://de.wikipedia.org/wiki/Herbert_Gruhl

schlussverfahren an. Ich erzähle das nicht, um alte Geschichten wiederzukäuen.⁴ Aber Helmut Lippelt und andere, die selber nach Einfluss strebten, haben uns trotz besserer Kenntnislage mich und die ganze Gruppe der Liberalsozialen⁵ dabei im Regen stehen lassen, entweder aus Angst, selber von der Faschismuskeule getroffen zu werden, oder weil sie sich heimlich freuten, dass andere uns in die politische Isolierung trieben und sie dadurch für ihre Vorstellungen eine größere Chance auf Durchsetzung, wenn nicht gar Akzeptanz, in der Partei bekamen.

Das Verfahren gegen mich wurde 1984 am Rande der BDK in Hamburg zu meinen Gunsten entschieden.⁶ Es war jene BDK, auf der Rudolf Bahro im Plenum ähnliche Gedanken vortrug, die mir das Ausschlussverfahren eingetragen hatte und wo er die Grünen leidenschaftlich davor warnte, sich auf die SPD einzulassen.⁷ Das war aber für jene Grünen keine akzeptable Botschaft, die aus dieser Partei die bessere SPD machen oder mit der Hilfe der SPD als Koalitionspartner zu einer persönlichen bedeutenden Rolle kommen wollten.⁸ Bahros Aussage war schon eher für jene Mitglieder akzeptabel, die hofften, aus der grünen Partei eine marxistische machen zu können, weil für diese „Parteifreunde“ die SPD-Linken – milde formuliert - nicht die richtigen Linken sind.

Georg Otto, der Initiator der Gründung der GLU

Wenn einer der alten Garde der Grünen stirbt, ist es nicht verwunderlich, dass mir die Frage kommt: „Wie lange wird der Georg noch aktiv sein.“ Immerhin wird er am 6. August in diesem Jahr 90 Jahre alt.

https://de.wikipedia.org/wiki/Georg_Otto alternative-dritter-weg@web.de

<http://www.alternativen.biz/alternativen/rahmen.htm>

Wenn Georg Otto 90 Jahre alt wird oder vorher stirbt, werden die Grünen ihn sicher in besonderer Weise durch Nichtbeachtung ehren. Er hat sich ja auch nur Jahrzehnte seines Le-

4 Die Vorgänge sind auf meiner Internetseite dokumentiert:

5 Auch Arbeitskreis Dritter Weg NWO oder Vertreter der Freiwirtschaftsschule benannt. Die Namensvielfalt dient gerade nicht der Übersichtlichkeit.

6 Politisch „tot“ war ich trotzdem für die „human“ denkenden Linken in der Partei.

7 Wenn hier Kritisches zur SPD vermerkt wird, dann bezieht sich das nicht auf Personen, sondern auf das sozialdemokratische Politikmodell, das sich in über hundert Jahren als unwirksam erwiesen hat, gesellschaftliche Probleme zu lösen. SPD-Mitglieder sind genauso ehrenwerte Personen, wie Vertreter anderer Parteien.

8 Diese Mitglieder waren letztendlich am erfolgreichsten im Hinblick auf die Parteiprägung, wenn auch unterstützt durch die abschreckende Wirkung der K-Gruppen-Mitglieder.

bens für die Grünen krumm gemacht und nur ein Jahr 1979 / 80 seinen Lehrerjob ruhen lassen, um Aufbauarbeit für die grüne Partei zu leisten. Ihm wird es so ergehen wie Helmut Creutz, der die Alternative Liste in Aachen und den Landesverband der GRÜNEN NRW mitgegründet, dann eine große Arbeit über die Zusammenhänge von Wachstumsdruck und die Vermögenskonzentration durch das Zinssystem geleistet hat und am 10. Oktober 2017 94jährig verstorben ist. Unter den Nachrufen ist keiner, der von den Grünen formuliert wurde . <http://www.helmut-creutz.de/inmemoriam.htm>

Georg Otto ist trotz der Widrigkeiten, die er in den GRÜNEN erleben musste und trotz der Missachtung, die er von der Partei erfahren hat, bei den Grünen geblieben. Im Spätherbst 2016 warb er in seiner Zeitschrift „Alternative Dritter Weg“ - als Aufgabe für das Jahr 2017 - für eine Koalition von ROT – ROT – GRÜN nach der Wahl. Ich selber hatte daran keinen Gefallen, denn was nutzt es in der Politik, wenn nur Konservative unterschiedliche Prägung ausgetauscht werden? Denn das „links“ mal eine progressive, aufklärerische Position war, ist doch nur noch Geschichte. In der Ausgabe 82 von „Alternative ...“ stellte Georg Otto das Buch „Reichtum ohne Gier – Wie wir uns vor dem Kapitalismus retten“ von Sahra Wagenknecht auf vier Seiten vor.⁹ Sahra Wagenknecht ist ja wirklich eine Hoffnungsträgerin im linken politischen Lager, die alte Denkstrukturen zu sprengen versucht. Aber wie heißt es im Volksmund: „Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer!“ Und bis sich das eingefahrene Denken im linken Lager ändert, wird es noch Jahre dauern.

Der Ausgabe 82 der „Alternative Dritter Weg“¹⁰ hat Georg Otto (für mich oder für alle?) einen Artikel aus einer älteren Ausgabe beigelegt, der den folgenden Titel trägt: „Warum noch bei den Grünen?“ Er ist handschriftlich ergänzt mit „Fast aktuell für jetzt!“ Ich scanne auch diesen zweiseitigen Artikel ein und füge ihn an. In der Ausgabe 83 vom Sommer 2017 titelt er „ROT – ROT – GRÜN kann eine erneute Regierung der kapitalistischen Partei, der CDU/CSU, nicht mehr allein, sondern nur noch mit der FDP stoppen!“ Für Georg Otto stellt es sich offensichtlich so dar, dass die CDU/CSU alleine für die ganze Fehlentwicklung in Deutschland verantwortlich ist, dem kann ich nicht folgen, denn alle Altparteien (wozu auch die Grünen inzwischen gehören) haben bei der Zusammenführung der beiden deutschen Republiken die Verfassung und das Grundprinzip der Demokratie, dass nämlich der Wille des Volkes der Ausgangspunkt aller Verfassungsgestaltung ist, verraten. Außerdem haben alle

⁹ Ich hänge den Beitrag, den ich eingescannt habe, an.)

¹⁰ Ich mag den Begriff „Dritter Weg“ heute nicht mehr verwenden, weil darunter zu viel Verschiedenes verhandelt wird.

diese Parteien eine Wirtschaftspolitik verhindert, die wirklich ökonomische Probleme löst und nicht vermehrt. Die Jahrzehnte dauernde Massenarbeitslosigkeit und das Öffnen der Schere zwischen Arm und Reich und auch der Zuwanderungsdruck haben die Grünen mitverantworten. Natürlich gab es Schwierigkeiten, die Zusammenhänge zu erkennen. Schon die Begriffswelt der Ökonomie ist verwirrend. Und hier liegt auch ein Versagen der Liberalsozialen vor.¹¹ Aber schuldig zu werden aus Gründen der Überforderung ist etwas Verzeihliches. Aber die Aufklärung durch Verleumdungskampagnen zu verhindern und dadurch das Glück der großen Zahl von Menschen zu behindern, sollte und wird politisch abgestraft werden.

Und bei der Betrachtung unserer gesellschaftlichen Situation steht für mich immer wieder die Frage im Raum, wie und wo habe ich und die Gruppen, denen ich mich verbunden fühle, versagt. Unbehagen ist der Lohn für politischen Einsatz, das ist doch ungerecht, oder? Das sollte doch mit der Gründung der grünen Partei anders werden, Freude, Rücksicht und Ehrlichkeit sollten ihren Platz haben. Es ist nicht gut, dass die Skeptiker in der grünen Bewegung, aus der die grüne Partei hervorging, Recht behalten haben mit ihrem Misstrauen gegenüber der Parteigründung.

Ein neuer Bundesvorstand soll gewählt werden

Heute am 8. Januar 2018 berichtet die HAZ unter dem Titel > „Ich kann den Laden zusammenhalten“ < dass Anja Piel, die Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN im Niedersächsischen Landtag sich um den Vorsitz des Bundesverbandes der grünen Partei bewirbt. Ihre Chancen seien nicht schlecht, weil sie als Vertreterin der Parteilinken gelte. Ihr Ziel sei, dass die Grünen sich stärker als Gerechtigkeitspartei profilieren.

Wichtig sollte für die Wahl doch nicht sein, welchem Flügel der Partei ein Kandidat oder eine Kandidatin angehört und ob man aus einem sozialdemokratisch orientiertem Elternhaus kommt, sondern dass man weiß, wo die Wurzeln der ökonomischen Ungerechtigkeiten liegen und ob man sich zutraut, die Denkblockaden, die sich die Partei selber aufgelegt hat,

¹¹ Eine gewisse Entschuldigung ist der Umstand, dass wir eine seit 100 Jahren unterdrückte Ökonomielehre vertraten und wir so naiv waren zu glauben, dass es wichtiger sei, die Partei zum Laufen zubringen, als am Anfang die Interessenten an dem Projekt Partei mit einer ihr unbekanntem Theorie zu belasten. Die Linken hatten es da leichter, sie brauchten nur bekannte Glaubenssätze aufzusagen und schon wusste das Publikum, um was es sich handelte. Wir hatten den Glauben und die Hoffnung, in sachlichen Gesprächen unsere Inhalte vortragen zu können. Aber die Ausschüsse für ökonomische Fragen stellten sich bald als der reine Krampf heraus. Ein Schwachpunkt von uns war auch, dass wir keine Hundertschaften in Bewegung setzen konnten. Und soweit ich das mitbekommen habe, wurden wir auch von den Parteifinzen ausgegrenzt. Fahr-, Übernachtungs- und Druckkosten mussten wir privat tragen. Ein Teil des Aufwandes wurde durch den Erlös von Büchertischen hereingeholt. Nachzutragen ist noch, dass die Freiwirtschaftsschule eine von zwei Wurzeln der verratenen und verbogenen Idee von der *Sozialen Marktwirtschaft* ist.

aufzulösen. Denn wenn letzteres nicht gelingt, war die Gründung der grünen Partei 1980 für die Katz und die Mitglieder werden um den Lohn für ihren oft frustrierenden Einsatz betrogen.

Machtwechsel bei den Grünen

Heute am 9. Januar 2018 titelt die HAZ: > Machtwechsel bei den Grünen: Simone Peter tritt nicht mehr an < und darunter steht zur Verdeutlichung: > Die Co-Parteichefin Simone Peter wird wie Cem Özdemir ihren Posten aufgeben – zwei Frauen und ein Mann bewerben sich um die Doppelspitze der Partei < Erstmal ist zu fragen, wie viel Macht die Doppelspitze des Vorstandes der Partei Bündnis 90 / Die Grünen denn eigentlich hat, wenn sie nur als Sprecher das zum Ausdruck bringen soll, was die Partei will? Sicher ist es so, dass die Sprecher der Grünen, das Erscheinungsbild in der Öffentlichkeit mit prägen. Ich kann mich noch erinnern, dass Jutta Ditfurth als Vorstandsprecherin tönte, die Grünen seien eine marxistische Partei. Das ist ihr und der Partei nicht gut bekommen. Ein Vorstand einer Partei hat doch neben der Rolle des Geschäftsführers, inhaltlicher Antreiber und gleichzeitig Bremser zu sein, damit die Mitgliedschaft nicht einschläft und andererseits Teile der Mitgliedschaft durch Zielsetzung und Forderungen, die nicht von der Gesamtheit getragen werden, die Partei aus dem inneren Gleichgewicht gebracht wird. Zu diesem Zweck sah die ursprüngliche Satzung eine Programmabteilung A und B vor. Unter A sollte das dokumentiert werden, worüber eine große Einigkeit bestand und unter B sollten Minderheitenanliegen dokumentiert werden, die noch keine Zustimmung von großen Mehrheiten erlangen konnten. Das war eine weise Einrichtung, weil sich dadurch keine Minderheit unterdrückt fühlen musste. Die Regelung wurde gekippt, als „Linke“ - die die BDKs bald dominierten – glaubten, allein bestimmen zu können, was grüne Politik ist.

>Die Grünen werden traditionell von Vertretern des linken und des Realo-Flügels geführt.< heißt es in dem Bericht. Das ist doch ein untaugliches Kriterium. Wenn ein Vorstandsmitglied nicht die unterschiedlichen Einstellungen der Parteimitglieder in Sachfragen zum Ausdruck bringen kann, dann ist er fehl am Platz. Wenn die Unterschiede der Strömungen in einer Partei so groß sind, dass die Parteiarbeit zu einem Gegeneinander statt zu einem Miteinander führt, dann ist eine klare Trennung der Flügel besser als ein ewiger Krieg in Form der gegenseitigen Behinderungen.

Die grünen politischen Grundsätze der Grünen wurden auch entwickelt, um der grünen Bewegung die Angst zu nehmen, mit der Parteigründung würde so etwas entstehen, was die Re-

publik schon in mehrfacher Ausführung hatte. Auch das imperative Mandat wurde diskutiert, aber nicht nur verworfen, weil es das Grundgesetz nicht vorsah, sondern weil es nicht praktikierbar ist. Die Rotation der Mandatsträger und die Beschränkung der Einkommen der Mandatsträger auf die Höhe des Facharbeiterlohnes, waren verfassungsrechtliche Verirrungen. Ich habe damals gespottet: "Die grüne Partei schickt ihre Vertreter in die Parlamente auf den Strich, um sie abzukassieren." Die basisdemokratische Demokratie ist innerparteilich eine berechnete Forderung. Wenn aber eine Partei bestimmen will, was Abgeordnete, die zu ihrer Partei gehören, im Parlament zu tun und zu lassen haben, dann ist das eine Sabotage der repräsentativen Demokratie, denn dieses Recht räumt den Parteimitgliedern ein höheres Mitgestaltungsrecht im Gemeinwesen ein, als den Normalwählern. Das Grundgesetz räumt den Parteien ein Mitwirkungsrecht bei der politischen Willensbildung, aber kein Monopol und auch kein Mitbestimmungsrecht in den Parlamenten ein. Die Trennung von Amt und Mandat ist daher viel zu milde ausgefallen. Hier hätte es heißen müssen. Sobald ein Mitglied der grünen Partei in ein Parlament gewählt oder in ein Regierungsamt berufen wird, hat er seine Mitgliedschaft in der Partei ruhen zu lassen oder aus der Partei auszutreten. Der Beschluss über eine Frauenquote bei innerparteilichen Ämtern ist eine Frage der Satzungsgestaltung und damit eine innerparteiliche Angelegenheit. Bei der Aufstellung der Kandidaten und Kandidatinnen für die Parlamente ist eine Quotenregelung bedenklich, weil die politischen Parteien sich praktisch ein Monopol der Selektion der Bewerber für die Parlamente (abgemildert in den Kommunalparlamenten) erbeutet haben. Die Zusammensetzung der Mitglieder der Parlamente soll aber der Ausdruck des Wählerwillens sein und nicht des Willens der Parteien.

Kampf gegen politische Depression der Grünen

Jörg Kallmeyer überschreibt seinen Kommentar zu den Vorgängen bei den Grünen in der HAZ vom 9. Januar 2018 mit >Kampf gegen die Depression<. Ich bringe ihn wegen der Kürze ganz ¹². Der Kommentar lautet:

Jamaika-Blues" haben Spitzenleute der Grünen ihre Gemütslage nach dem Scheitern der Koalitionsverhandlungen mit Union und FDP genannt. Es war wohl schon damals eine Untertreibung. Der ganzen Partei droht in den nächsten Monaten eine echte politische Depression.

Eine ganze Generation bei den Grünen hat die letzte Aussicht auf Regierungsämter verloren. Kommt die nächste Große Koalition, dann sind die Grünen die kleinste Oppositionspartei im Bundestag. Wie sollen sie glaubwürdig eine Kanzlerin angreifen, mit der sie gern gemeinsam Verantwortung übernommen hätten? Wer hört künftig noch auf die Grünen?

12 Ich hoffe darauf, dass er keine Einwände dagegen vorbringt.

Vor die inhaltliche Neubestimmung hat die Partei eine radikale Personaldebatte gesetzt. Cem Özdemir, vor Kurzem noch als Minister gehandelt, steht vor dem Nichts. Co-Parteichefin Simone Peter, Vertreterin der Parteilinken, tritt nach langem Zögern ebenfalls ab. Die Grünen haben es jetzt in der Hand, bei der Neubesetzung der Spitzenposten ein erstes inhaltliches Signal zu setzen. Überwinden sie die alte Fundi/Realo-Arithmetik, dann hat die niedersächsische Kandidatin Anja Piel wohl kaum eine Chance. Mit Robert Habeck aber haben die Grünen einen Kandidaten für den Parteivorsitz, der zumindest kraftvoll gegen die politische Depression ankämpfen könnte.

Eine Partei kann nicht in eine Depression fallen, aber wohl große Teile ihrer Mitglieder.

Wenn das wirklich so ist, dann stimmt hier ausnahmsweise die Volksweisheit, dass jeder das bekommt, was er verdient. Dass ein Satz wie der folgende heute in der Zeitung zu lesen ist, zeigt, wie weit die Grünen sich vom Gründungsimpuls entfernt haben.

„Eine ganze Generation bei den Grünen hat die letzte Aussicht auf Regierungsämter verloren.“

Es ist natürlich nichts dagegen einzuwenden, wenn ein tüchtiges Partei- oder Parlamentsmitglied in eine Regierung berufen wird. Aber die Partei wurde nicht gegründet, um Politiker-Karrieren zu ermöglichen. Die Grünen drängten ursprünglich in die Parlamente, um eine bessere Basis für die Informationen sowohl über Gefahren wie über Chancen unserer Gesellschaft zu bekommen, weil sie das Gefühl hatten, der ganze politische Apparat sei eine Zensuranstalt geworden. Natürlich gab es sicher damals schon Grüne, denen eine eigene politische Karriere wichtiger war, als die Wirkung der Gesamtpartei, aber das durften sie nicht offen sagen. (Außerdem sind persönliche Ambitionen und der Einsatz für das gemeinsame Anliegen nicht immer klar zu trennen.)

Wenn die Grünen ihre Depression überwinden wollen, dann müssen sie sich erst einmal eingestehen, dass sie ökologisch, sozial, friedenspolitisch und kulturpolitisch gescheitert sind und für eine zukunftsweisende Rolle in einer Regierung nichts zu bieten haben, obwohl der ursprüngliche Gründungsgeist auf eine künftige Parlamentsmehrheit zielte. Wenn sie ihre Depression überwinden wollen, müssen die Grünen vergessen, was sie gestern wollten und fragen unter Einbeziehung aller Politikfelder, was können wir morgen für Deutschland, für Europa und die Welt tun, ohne als Vormund für die Wähler aufzutreten. Was die liberalsozialen in den Grünen 1980 wollten, ist hier nachzulesen:

Text:

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/2.0%20ddw%20Gruene%201980%20neu%2012.%202003.pdf>

Umschlag:

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/2.1%20Titel%20DDW%20neu%2012.03.pdf>